

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung nur auf Bestellung, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis 10 Pf. für den Monat, 30 Pf. für den Vierteljahr, 1,10 Pf. für den halbjährigen, 2,10 Pf. für den jährlichen. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Alle Postanfragen und Postbestellungen sind an den Verleger zu richten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimspreis 120.000 M. für die 6-gelbte Kerpapierrolle oder deren Raum, Reihomen, die 2 Pa. 800 300.000 M. Die Wiederholung und Jahresauftrag entbehren der Preisnachlass. Zeitungsanfragen im amtlichen Teil nur von Behörden. Die Zeitungsrollen 360.000 M. Nachstellungsgebühr 5000 M. Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Nichtleistung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Ersteilung seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inzeratenteil: Arthur Fschunke, beide in Wilsdruff

82. Jahrgang. Nr. 104.

Donnerstag / Freitag 6. / 7. September 1923

Amtlicher Teil.

Öffentliche Bekanntmachung. Betriebssteuer — Arbeitgeberabgabe.

Alle Inhaber von industriellen, gewerblichen oder Handelsbetrieben haben als Betriebssteuer in der Zeit vom 1. September 1923 bis zum 29. Februar 1924 das Doppelte der von ihnen in dieser Zeit einbehaltenen Lohnsteuerbeiträge an die Finanzkasse zu entrichten. Die Abgabe ist — gleichviel ob Steuermarken verwendet werden oder im Ueberweisungsverfahren eingezahlt wird — zu bezahlen:

Am 5. jedes Monats für die Lohnzahlungen in der Zeit vom 21. bis zum Schlusse des Vormonats,
am 15. jedes Monats für die Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis zum 10. des laufenden Monats,
am 25. jedes Monats für die Lohnzahlungen in der Zeit vom 11. bis zum 20. des laufenden Monats.

Bis zum 10. September 1923 ist das Doppelte derjenigen Beträge zu entrichten, die vor dem 1. September 1923 als Lohnsteuer einzubehalten waren, für die aber erst nach dem 1. September die Ueberweisung an die Finanzkasse oder die Verwendung von Steuermarken vorgenommen wird.

Gleichzeitig mit der Ueberweisung der Arbeitgeberabgabe ist eine Bescheinigung auszustellen, zu der Vordrucke unentgeltlich vom Finanzamt abgegeben werden.

Bei verbotener Zahlung ist Betreibung zu erwarten. Auch werden Zuschläge in beträchtlicher Höhe verhängt.

Finanzamt Rossen.

Bekanntmachung.

Bewertung der Natural- und Sachbezüge und der Deputate für den Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen werden mit Wirkung vom 1. September 1923 ab die Werte

a) für Verpflegung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung auf das Vierhundertachtzigfache,
b) der Deputate auf das Zweihundertvierzigfache

der in Nr. 56 der Sächsischen Staatszeitung vom 7. März 1923 veröffentlichten Wertesätze, d. i. auf das Fünfschufache der vom 1. August 1923 ab geltenden Sätze, erhöht. Der Wert der Wohnung für Deputatempfänger in der Land- und Forstwirtschaft beträgt 18000 Mark für Ueberheiratete und 36000 Mark für Verheiratete. Die volle freie Station beträgt nunmehr für die einzelnen Gruppen der Arbeitnehmer:

Gruppe	I	II	III
jährlich:	172800000 M.	230400000 M.	288000000 M.
monatlich:	14400000	19200000	24000000

Die neuen Werte können auf Grund der in Nr. 56 der Sächsischen Staatszeitung veröffentlichten Werte errechnet werden; sie werden auch von den Finanzämtern zum Aushang gebracht. Ueberbrüche, aus denen die Werte vom 1. März 1923 ersichtlich sind, können von den Finanzämtern gegen geringes Entgelt, soweit der Vorrat reicht, abgegeben werden.

Dresden, am 31. August 1923

Das Landesfinanzamt, Abteilung für Besitz- und Verkehrssteuern.

Freiwillige Versicherung zur Invalidenkasse.

Bisher stand freiwillig Versicherten die Wahl der Lohnklasse frei. Das ist nach der neuen Verfassung des § 1440 der Reichsversicherungsordnung nicht mehr der Fall. Es können zur freiwilligen Versicherung von jetzt ab Warten der Klassen I bis 12 und vom 17. September 1923 ab auch Warten der Klasse 13 nicht mehr verwendet werden. Wilsdruff, am 8. September 1923. Der Stadtrat — Versicherungsamt.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Wie verlautet, wird der Reichskanzler Dr. Stresemann in den nächsten Tagen mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Feigler eine Unterredung über dessen Meinungsverschiedenheiten mit der Reichswehr haben.

Die Meldung, daß die Franzosen über das ganze besetzte Gebiet eine achtstägige Polizeiverhängung verhängt haben, ist nicht. Anlaß dazu wird eine Sperre gegeben haben, die die Franzosen über Einßen verhängt haben.

Die Rheinlandkommission hat eine neue Ordnung angeordnet, wonach deutsche Beamte im Rheinland nach Belieben durch französische ersetzt werden könnten.

Poincaré will in aller nächster Zeit auf die Rede Dr. Stresemanns antworten und sich besonders über die Bedingungen aussprechen, unter denen ein Wirtschaftsbund zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei.

In Tokio fanden nach dem Erdbeben Pfänderungen statt. Angeblich soll der neue Ministerpräsident ermordet worden sein.

Stresemanns Kurs.

Von besonders gut unterrichteter Seite wird uns aus Berlin geschrieben:

Die Stuttgarter Rede Dr. Stresemanns ist sicherlich nicht ohne guten Grund als die eigentliche Programmentklärung der neuen Regierung aufgefaßt worden, und in der Tat hat wohl noch kein Staatsmann weder auf deutscher Seite, noch auf der unserer Gegner heute die weltbewegenden Dinge mit so rückhaltloser Offenheit behandelt wie der gegenwärtige Reichskanzler. Es ist deshalb auch nur begreiflich, daß sich an diese Ausführungen im In- und Auslande lebhafteste Erörterungen geknüpft haben. Wir wissen aber nicht, ob es ein für Deutschland und das deutsche Volk günstiges Zeichen ist, wenn man feststellen muß, daß die Debatte im Inlande leider wieder mit besonderer Lebhaftigkeit geführt wird. Es wäre zweifellos wünschenswert, daß sich von ganz rechts bis ganz links eine vollständig einheitliche Auffassung herausgebildet hätte, auf deren Grundlage dann die Regierung dem Feindbund gegenüber hätte hervorheben können, daß sie alle Schichten und Parteien geschlossen hinter sich habe. Aber, so muß sich der ruhige Beobachter der Tagesereignisse, der einen solchen Mangel mit Bedauern feststellt, andererseits sofort wieder fragen: ist diese innerliche Zwiespältigkeit der Meinungen denn in der Tat im dem Maße vorhanden, wie man manchmal annehmen möchte?

Es will manchmal scheinen, als ob gerade jetzt wiederum unablässliche und absichtliche Mißverständnisse eine große Rolle spielen. Aus der Parteinähe her setzt man bei dem ändern mit Bezug auf die eine oder andere Frage ohne weiteres einen bestimmten Standpunkt voraus, um daraufhin gegen ihn vorzugehen. Dieser psychologische Vorgang ist immer und immer wieder zu beobachten, und aus ihm heraus wird leider ein großer Teil unserer parteipolitischen Polemik bestritten.

Da ist z. B. in der Rede Dr. Stresemanns die Stelle über den passiven Widerstand und weiter die über ein etwaiges Wirtschaftsbündnis mit Frankreich. Bei dem ernstzunehmenden Teil der Kritiker des jetzigen Kanzlers waltet hier nun die Besorgnis ob, daß Dr. Stresemann gegenüber Poincaré erstens zu Verhandlungen „sich bereit sei und später, wenn es dazu kommt, sich von ihm „von einem Entgegenkommen zum andern treiben lassen würde“. Tatsächlich ist es aber doch die Meinung dieser Kreise, daß wir nicht nur irgendwann, sondern möglichst bald mit Frankreich an den Verhandlungstisch kommen müssen, und das dann selbstverständlich auch vom passiven Widerstand die Rede sein muß. Die Meinungen gehen nun darüber auseinander, ob dann die verhandelnde deutsche Regierung stark genug sein würde, das zu wahren, was unter allen Umständen gewahrt werden muß: nämlich die Unversehrtheit und Freiheit des gegenwärtigen deutschen Reichsgebietes und die Souveränität Deutschlands. Das heißt also, ob die Regierung nicht nur willens, sondern auch fähig sein wird, mit der nötigen Entschlossenheit und Kraft gegen jegliche Verschleierung oder ganz offene „Annexion“ von Rhein, Ruhr und Saar sich durchzusetzen. Die da meinen, diese Sicherheit sei nicht gegeben, sollten jedoch gerechterweise nicht übersehen, daß Dr. Stresemann sich gerade dafür mit seiner ganzen Person verbürgt und einsetzt. Denn er hat ausdrücklich hinzugesagt, daß wir zu jedem materiellen Opfer, auch schwerster Art, bereit sein

beobachten, und aus ihm heraus wird leider ein großer Teil unserer parteipolitischen Polemik bestritten.

Da ist z. B. in der Rede Dr. Stresemanns die Stelle über den passiven Widerstand und weiter die über ein etwaiges Wirtschaftsbündnis mit Frankreich. Bei dem ernstzunehmenden Teil der Kritiker des jetzigen Kanzlers waltet hier nun die Besorgnis ob, daß Dr. Stresemann gegenüber Poincaré erstens zu Verhandlungen „sich bereit sei und später, wenn es dazu kommt, sich von ihm „von einem Entgegenkommen zum andern treiben lassen würde“. Tatsächlich ist es aber doch die Meinung dieser Kreise, daß wir nicht nur irgendwann, sondern möglichst bald mit Frankreich an den Verhandlungstisch kommen müssen, und das dann selbstverständlich auch vom passiven Widerstand die Rede sein muß. Die Meinungen gehen nun darüber auseinander, ob dann die verhandelnde deutsche Regierung stark genug sein würde, das zu wahren, was unter allen Umständen gewahrt werden muß: nämlich die Unversehrtheit und Freiheit des gegenwärtigen deutschen Reichsgebietes und die Souveränität Deutschlands. Das heißt also, ob die Regierung nicht nur willens, sondern auch fähig sein wird, mit der nötigen Entschlossenheit und Kraft gegen jegliche Verschleierung oder ganz offene „Annexion“ von Rhein, Ruhr und Saar sich durchzusetzen. Die da meinen, diese Sicherheit sei nicht gegeben, sollten jedoch gerechterweise nicht übersehen, daß Dr. Stresemann sich gerade dafür mit seiner ganzen Person verbürgt und einsetzt. Denn er hat ausdrücklich hinzugesagt, daß wir zu jedem materiellen Opfer, auch schwerster Art, bereit sein

Ist Sparen wieder möglich?

Zeldne die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Zeldnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden.

würden, niemals aber zur Preisgabe irgendwelchen deutschen Landes. Und gerade, weil er sicher sein kann, in diesem Punkte das ganze deutsche Volk als unerschütterliche Einheit hinter sich zu haben, darf man auch bestimmt davon ausgehen, daß er oder die deutschen Unterhändler dementsprechend handeln würden.

Ganz ähnlich bestimmt ist auch die Stellung der Regierung zu der vielbesprochenen Frage eines Wirtschaftsbündnisses mit Frankreich. Auch hier ist man in Deutschland von ganz rechts bis ganz links seit langem der Überzeugung, daß ein solches Bündnis die stärksten Möglichkeiten für eine Verschleierung der Verständigung mit Frankreich überhaupt enthält. Und auch hier ist ein Gegenlag nur insofern vorhanden, als man auf der rechten Seite befürchtete, dieses Bündnis könne zu einem Vertrag werden, den der Stärkere dem Schwächeren aufzwingt und zu einer harten Fessel macht. Demgegenüber lese man jedoch die Worte des Kanzlers nach, in denen deutlich zum Ausdruck kommt, daß davon niemals die Rede sein könnte. Deutschland nimmt selbstverständlich für sich in Anspruch, von gleich zu gleich als ebenbürtiger Partner, so in mancher Hinsicht sogar als der Stärkere Geschäftsinhaber gewertet zu werden. Ja, nicht mit Unrecht ist sogar darauf verwiesen worden, daß wir auf einen verächtlichen Wirtschaftsbund geradezu hinarbeiten müssen, um die Forderungen Frankreichs herabzudrücken. Denn es ist in der Tat klar, daß Frankreich ein Deutschland, dessen Industrie und Wirtschaft mit der Zeitigen eng verflochten ist, auch hinsichtlich einer etwaigen späteren Gegnerschaft anders einschätzen würde, als wenn diese Voraussetzung vorher nicht geschaffen worden wäre.

So ergibt sich also, daß auch diese Dinge zwei Seiten haben, und daß jeder bedenken sollte, ob die ungedeuerte erste Lage des Reiches nicht tatsächlich zur größten parteipolitischen Zurückhaltung auffordert. In den Tagen, da das Kabinett Stresemann geschaffen wurde, waren sich alle darin einig, daß es den letzten Pfeil im deutschen Köcher darstelle. Darin hat sich nicht nur nichts geändert, sondern das ist im Gegenteil nur noch wahrer geworden. Kritik soll und darf auch jetzt geübt werden, aber man muß sich in allen Parteilagern darüber klar sein, daß sie niemals so geübt werden kann und darf, wenn dadurch die innere Geschlossenheit und Einigkeit des deutschen Volkes auch nur entfernt darunter leidet.

Die Rehrste.

Von den kritischen Stimmen der rechtsstehenden Presse zur Stuttgarter Kanzlerrede seien die Äußerungen der Deutschen Tageszeitung und der Kreuzzeitung hervorgehoben.

Das erstere Blatt spricht von einem Mißverständnis von Wollen und Können. Stresemann besinne sich auf dem Wege der Liquidation des Ruhrunternehmens ohne vorherige klare Klärung: auf dem Wege also eines höchst gefährlichen, talenden Experimentierens. Innerpolitisch bezeichnet es das Blatt als eine Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn Herr Dr. Stresemann fragt, was denn von der Substanz der

wirtschaft bliebe, wenn die Substanz des Staates sich nicht erhalten lasse. — Die Kreuzzeitung sagt u. a.: Dr. Stresemann bietet mit großer Gelasse das Privateigentum unmittelbar dem Kaiser Poincaré an, der sicherlich mit beiden Händen zugreifen wird, natürlich ohne seine politischen Ziele außer acht zu lassen. Es bedeutet das nicht anders als ein vollständiges Abwenden von der bisherigen Politik, ein Abwenden auch von England, das einer solchen Wirtschaftsvereinbarung nicht zustimmen kann.

Die Diffatur der Rheinlandkommission.

Dokumentenschnüffelei und Beamtenernennungen.
Die Rheinlandkommission hat beschlossen, in der Absicht, die Organisation des Widerstandes gegen ihre Befehle durch die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet zu brechen, folgende Ordinnanz herauszugeben:

§ 1. Die Delegierten der Rheinlandkommission in den einzelnen Bezirken können von jedem Dokument Kenntnis nehmen oder nehmen lassen, das für deutsche Verwaltungen, die innerhalb ihres Bezirks bestehen, bestimmt sind, wenn immer genügend Grund zu der Vermutung vorliegt, daß diese Verwaltungen eine Tätigkeit ausüben, die sich gegen die Befehle der Rheinlandkommission oder gegen die Interessen der Besatzungsarmee richtet.

§ 2. Jeder Ober- oder Unterbeamte oder Agent, der sich weigert, den nach Artikel 1 gegebenen Instruktionen zu gehorchen und der die Verzeichnisse und Dokumente, deren Mitteilung gefordert wird, verschweigt oder zu verheimlichen versucht, setzt sich den Strafen aus, die für ein Vergehen gegen die Ordnungen der Rheinlandkommission festgesetzt sind.

§ 3. Wenn infolge Abberufung, Ausweisung oder obgleichener Genehmigung der Ernennung eines Beamten ein Posten in einer deutschen Verwaltungsstelle frei wird, kann die Rheinlandkommission auf Vorschlag ihres Delegierten selbst die Ernennung für den freien Posten vorschlagen.

Sollte diese angeforderte Ordinnanz wirklich durchgeführt werden, so wäre das einer der unerhörtesten Gewalttätigkeiten, denn wenn die Rheinlandkommission nach Belieben deutsche Beamte durch eigene ersetzt, so hat damit die Souveränität Deutschlands am Rhein praktisch ihr Ende gefunden und — entgegen allen Versicherungen Poincarés — wäre damit die glatte Annexion dieser Gebiete durch Frankreich nur noch eine Formfrage.

Die Stuttgarter Kanzlerrede.

Die große Rede, die der Reichskanzler Dr. Stresemann am Sonntag in Stuttgart gehalten hat, enthält außerpolitisch die bedeutendste Ankündigung, daß Deutschland, um im Ruhrkrieg zum Frieden zu kommen, bereit ist, auf den Boden der Stellung produktiver Pänder zu treten, daß aber die Freiheit deutschen Bodens in keiner Weise preisgegeben werden kann. Innenpolitisch stellt der Kanzler den Grundsatz der dreifachen Wehrpflicht des Besiegten, der Arbeit und der Beamten gegenüber dem Staate auf und wies darauf hin, daß unter den jetzigen Umständen der Grundlay von der Unausführbarkeit der wirtschaftlichen Substanz nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Hauptgedanken der Rede lauteten im wesentlichen wie folgt:

Außenpolitische Richtlinien.

Stark ist der außenpolitische Druck, der auf uns lastet. Unser größtes Wirtschaftsgebiet ist unproduktiv geworden. Rhein und Ruhr sind abgetrennt von deutscher Souveränität, deutscher Verwaltung und ohne deutsche Arbeit. Es gilt einen Weg zu finden, der uns ins Freie führt. Die Alliierten verlangen von uns Garantien tatsächlicher deutscher Leistung. Wir sind bereit, auf den Boden der Stellung produktiver Pänder zu treten. Reichsbesitz und Privateigentum sind die Pänder, die wir dargeboten haben. Frankreich versichert, daß es von Deutschland keine Annexionen will, daß es ihm fernstehe, Deutschland zu zerstören, daß es nichts anderes suche als die Garantie für Leistungen aus dem Friedensvertrage, für die nach dem Wortlaut des Friedensvertrages selbst die ab-

Dollar: 4. Sept.: 12 967 500 — 13 032 500 M.
Dollar: 5. Sept.: 19 950 000 M.

geschäfte Leistungsfähigkeit Deutschlands die Basis bildet. In dies die Auflösung der französischen Staatsmänner und des ganzen französischen Volkes, dann haben sie die Möglichkeit, diese Auflösung in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern, aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemand gegenüber preiszugeben!

Dreifache Wehrpflicht im Innern.

Der Kanzler kam dann auf die innerpolitische Lage zu sprechen und erklärte: Ich möchte gar kein Fehl daraus machen, daß wir in einem Zustand heftiger finanzieller Bedrängnis, in einem Zustand höchster wirtschaftlicher Not sind. Wir sind heute, abgedrängt von Rhein und Ruhr, in einen wirtschaftlichen Verfall gekommen, der dazu geführt hat, daß unsere Ausfuhr in wenigen Monaten von 600 Millionen Goldmark auf 105 Millionen Goldmark zurückgegangen ist. Wenn Sie sich vorstellen, daß wir vor dem Kriege eine Ausfuhr von 10 Milliarden Goldmark gehabt haben, so leben Sie, was uns von der einstigen Stärke des Friedens geliehen ist.

Welche Aufgaben stehen vor uns? Wenn ich von einem Kriegszustand sprache — und unzweifelhaft ist der Zustand an Rhein und Ruhr kein Friedenszustand — dann glaube ich, brauchen wir auch eine Wehrpflicht, eine Wehrpflicht des Besitzes, aber auch eine Wehrpflicht der Arbeit. Wir brauchen auch eine Wehrpflicht des Beamtentums gegenüber dem Reiche und gegenüber dem Staate.

Wir erreichen den Frieden nur, wenn uns die Wirtschaft das garantiert, was wir an Stelle der produktiven Pänder brauchen, wir erreichen aber im Innern die Ordnung des Staatshaushaltes, die Aufrechterhaltung des ganzen Staates nur dann, wenn wir in erster Linie von dem Volke ganz andere Opfer verlangen als sie bisher: „Auspruch genommen worden sind. Wir brauchen die Überarbeit für das allgemeine Wohl. Wenn wir über den größten Teil des besetzten Gebietes nicht mehr verfügen, wenn die Kohlenproduktion sich unter Kontrolle befindet, dann müssen wir wenigstens im unbesetzten Gebiet das letzte heraus holen und zur Verfügung des Staates stellen. Darum muß sich an die Wehrpflicht des Besitzes die Wehrpflicht der Arbeit reihen. Drittens aber ist notwendig die Übergabe des Beamtentums an den Staat. Wir lassen mit der Staatsautorität nicht schändlicher treiben! Wir werden die Staatsautorität durchsetzen gegenüber jedem, der da glaubt, sich über sie hinwegsetzen zu können. Bei manchen Steuern und bei manchen Maßnahmen, die wir weiter noch treffen müssen, handelt es sich um Eingriffe in die Substanz. Es ist nicht möglich, überall die Substanz zu schonen und den Grundsatz aufzustellen: an der Substanz darf nicht gerüttelt werden.

Wertbeständiges Geld.

Wir haben die Absicht ein solches wertbeständiges Geld zu schaffen. So schwer es uns wird, damit zu bestehen, daß die Mark zwar noch Zahlungsmittel ist, aber nicht mehr eine feste Währung darstellt: wie wollen die Goldmark schaffen in der Hoffnung, daß man dann den Goldpfennig auch wieder ehren lernen in Deutschland. Wenn wir das schaffen und wenn wir weiter durch die wertbeständige Antelle des Deutschen Reiches und durch die einzelnen kleinen Stücke, die demnächst heraus kommen, die Möglichkeit geben, wertbeständig zu bezahlen, und Vermögen und Einkommen anzulegen, dann gibt es kein Recht mehr auf Devisenbesitz im deutschen Volke. Die Devisen gehören dann dem Reiche, das der Wirtschaft das Notwendige zur Verfügung stellt. Es darf meiner Meinung nach nur eine produktive Erwerbslozenfürsorge geben. Wir geben dem einzelnen das Recht auf Unterstützung des Staates, er muß aber auch das Recht geben, ihm die Arbeit zu zeigen, deren wir bedürfen.

Genuß und Freude gehören zum Leben als Ausgleich für die Arbeit, aber ich habe die Empfindung, daß manche Gestaltung des Schlemmens und eine Art des Lebens, wie wir das in deutschen Großstädten finden, nicht zum Genuß dieser Zeit paßt. Der Sinn des Lebens ist doch schließlich, einer großen Idee zu dienen. Gibt es denn auf Erden eine größere Idee als Gott und Staat? Es darf in dieser Zeit keine Parteiprogramme geben, es darf nur ein einziges Programm geben, das Programm zur Rettung des deutschen Staates, und ich glaube, daß darin die meisten Parteien mit uns einig sind. Ich meine national sein heißt gerade in dieser Gegenwart

hand anlegen, um den Karren aus dem Dreck herauszuziehen. Wir müssen

das Volk der Arbeit sein, oder wir müssen untergehen! Wir werden vom Staat auch gar nicht einen mühselos erworbenen Besitz gestatten können. Das ganze Deutschland ist bedroht, und ich rufe Sie auf zum Kampf gegen den Bestimmismus.

Wir können uns jedem unparteilichen Richter spruch über die deutsche Schuld beugen, aber wir müssen jeden Spruch ablehnen, bei dem der Besetzte nicht gebet wird und bei dem die Parteien Richter in eigener Sache sind. Gebugt, aber nicht gebrochen stehen wir in dieser Gegenwart und erwarten die Zukunft.

Im Unglück erst zeigt sich, daß ein Volk wirklich Nation ist. Lassen Sie mich enden mit einem Wort, das aus dem Ausland gekommen ist, einem Spruch, den die Ausländer deutschen Ihrer armen Heimat der Gegenwart laubten:

Deutschland, Deutschland über alles,
Und im Unglück nun erst recht,
Erst im Unglück laßt sich sagen,
Ob die Liebe frei und echt,
Und so soll es weiterfließen
Von Geschlechte zu Geschlechte
Deutschland, Deutschland über alles,
Und im Unglück nun erst recht.

Die „wirtschaftliche Annäherung“.

Poincarés Meinung?

In der Pariser Presse wird behauptet, daß Poincaré eine wirtschaftliche Allianz mit Deutschland als unbedingt notwendig ansehe, da die Industrien der beiden Staaten einander ergänzen müssen, und daß eine wirtschaftliche Allianz sicherlich

auch zu einer politischen Entente

zwischen den beiden Ländern führen würde. Poincaré hoffe auf einen künftigen Frieden, der auf der Erkenntnis gegründet sei, daß es für Deutschland und Frankreich besser wäre, einen Wirtschaftsblock zu bilden, als in jeder Generation Millionen für Kriege auszugeben. Die Rede Stresemanns in Stuttgart werde in Paris als ein erster Schritt für die von Berlin kommende Ankündigung angesehen, daß ein Einverständnis zwischen Frankreich und Deutschland gesucht werde. Die französische Regierung sei weiterhin durchaus willens, über ein Abkommen irgendwelcher Art zu sprechen, und Poincaré beteuere, daß dieses Hand in Hand gehen müsse mit einer befriedigenden Regelung der Reparationsfrage, auf der nunmehr die Blüte ganz Europas beruhe. — Es wird sich bald zeigen müssen, ob Poincaré diese Annäherungsabsichten wirklich ehrlich verfolgt oder ob er sie durch unmögliche Bedingungen nur zum Deckmantel neuer Bedrückungen machen will.

Die „Times“ für Stresemann.

Die Londoner „Times“ erklärt die Rede des Reichskanzlers Stresemann in Stuttgart als ehrliche Tat, die bestimmt sei, die Welt von den Gefahren, die Deutschland drohen, in Kenntnis zu setzen. Sie sei ferner ein geschickter Versuch, durch das Angebot wirksamer und wertvoller Garantien Deutschlands Souveränität und Verfügungsrecht über sein gesamtes Wirtschafts- und Staatsgebiet wiederherzustellen. Das Blatt richtet zum Schluß an Frankreich einen warmen Appell, dieses äußerste Anzeichen des entgegenkommenden und wahrheitslieblichen demokratischen verfassungsmäßigen Regierung Deutschlands vor dem Hereinbrechen des Chaos durch eine entgegenkommende Umwandlung der Ruhrbesetzung zu beantworten, damit die deutschen Gewerkschaften in der Lage seien, den wüstigen Wüstendamm langsam abzubauen zu lassen.

Japan in Trümmern.

Für Generationen vernichtet.

Als die größte Katastrophe der Menschheit bezeichnen englische und amerikanische Blätter das Erdbeben, das einen großen Teil Japans in einen einzigen riesigen Trümmerhaufen verwandelt hat. Das gilt vor allem von der Landeshauptstadt,

Tokio ist in Schutt und Asche verwandelt worden.

Wenn edle Herzen bluten...

49

Roman von Fr. Lehne.

Sie müßte ihn geringmütig und zuate die Achseln. Also doch ein Glückbringer, der es auf Sophias oder vielmehr auf das Markhoffsche Geld abgesehen hatte, dachte sie dabei.

„Aber weshalb hast du das getan, Bruno? Du warst doch so zufrieden?“ fragte Sophia bang.

„Weil ich fühlte, mein Herz, daß es dir sehr schwer werden würde, Deutschland zu verlassen. Ernst war ja ganz fesslungslos, als ich davon anging.“

„Du Vöbel! Aber das hättest du trotzdem nicht tun sollen. Du warst doch so zufrieden!“

„Ich bin es nur, wenn ich deines Einverständnisses durchaus sicher bin.“

„Ach, Bruno, ich wäre mit dir überall hingegangen und sei es wieder nach Klondike! Nun kürzest du dich in Unbequemlichkeiten um meinetwillen.“

Mißbilligend schüttelte die Kommerzienrätin den Kopf zu Sophias „überspannten“ Worten.

„Kann ich Ihnen vielleicht mit Empfehlungen dienen, Herr Schulz?“ fragte der Kommerzienrat. „Eine Empfehlung von mir ist immerhin nicht zu verachten.“

Bruno erhob sich ein wenig und verneigte sich dankend. „Sehr verbunden, Herr Kommerzienrat, ich werde gern darauf zurückkommen.“

„Das Verhalten dieses Menschen grenzt ja beinahe an Unverschämtheit“, dachte die Rätin zornentbrannt. Sie vermochte sich kaum noch zu beherrschen; am liebsten hätte sie dem dreisten Menschen die Tür gewiesen.

„So viel ich weiß, suchen zum Beispiel Kernfall u. Söhne in Niesenthal einen englischen Korrespondenten und J. H. Freiesleben in Frankenberg einen Reisenden für das Ausland, hauptsächlich für England und Frankreich. Ich werde mal schreiben und Sie empfehlen, Herr Schulz.“

Wieder das amüsierte Lächeln und das dankende Verneigen.

„Über vielleicht — ich dachte — vielleicht ist in Ihrem Geschäft eine Stelle vakant?“ fragte er.

Ah, dahinaus wollte er! Als Schwiegerson des Kommerzienrats Markhoff dachte er sich hier ein warmes Nest zu bauen. Sehr schau in der Tat. Doch das ging nicht.

Die Rätin ätterte förmlich vor Anaximur.

„Das ist wohl ausgeschlossen, Herr Schulz.“

„Warum, gnädige Frau?“

„Nun, begreifen Sie denn nicht, Herr Schulz, daß man Rücksichten auf die Familie zu nehmen hat?“

Mama, es wäre doch so schön. Dann würde Robert durch Bruno entlastet, er hat doch zu viel zu tun.“

„Nein, Sophia, den Gedanken schlage dir aus dem Kopf. Man hat Rücksichten zu nehmen, wiederhole ich. Denke an deine Schwester, die die Gemahlin eines adeligen Manenoffiziers ist — und du solltest die Frau eines Angefallten unserer Fabrik werden? Nein, das ist ausgeschlossen, aus-schlo-ßen.“ Diese Idee ist eine sehr unglückliche, Herr Schulz, ich bedauere, daß Sie sie ausgesprochen haben“, sagte die Rätin hochfahrend.

„Es ist auch gar kein für Sie geeigneter Posten vakant, Herr Schulz“, bemerkte der Kommerzienrat. „Unsere langjährigen Beamten sind alle treu bewährt und erfahren, wir können keinen entlassen — keinen entlassen. Wir haben gute und doch billige Kräfte. Es tut mir sehr leid, in der Tat, sehr leid.“

Sophia waren die Tränen nahe. Wie konnten die Eltern so ablehnend sein. Für sie würde eben nichts möglich gemacht, für Annemarie dagegen alles. Ein bitteres Gefühl würgte sie und sie begriff Bruno nicht, daß er nicht aushand, sie bei der Hand nahm und stillschweigend hinausging. Sie würden auch anderswo ihr Brot finden.

„Ich beabsichtige auch gar nicht, einen der Beamten uns Brot zu bringen; denn es liegt mir selbst daran, daß uns diese guten, treuen, langjährigen, erfahrenen Kräfte erhalten bleiben, Herr Kommerzienrat.“

Was fassete der Mensch da? Er sagte „uns“ — als ob er schon ein Mitglied der Familie sei!

„Es liegt mir daran, Herr Kommerzienrat, in der Fabrik zu bleiben; es muß schon ein Posten für mich zu schaffen sein, ich bin mit jedem zufrieden.“ Bedauernd zuckte der Alte die Achseln.

„Wie gesagt, es geht nicht. Der Mann unserer Tochter, meiner Tochter, mein Schwiegersohn, kann doch keine inferiore Stellung einnehmen, Stellung einnehmen! So als Buchhalter oder Kassierer. Oder ist Ihre Bescheidenheit so groß, daß Sie als Packer tätig sein würden?“ Dabei lachte er schallend über diesen guten Witz.

„Vater!“ rief Sophia ganz empört, mit tränenfunkelnden Augen.

„Glaubst du, meine Phya, ich würde mich dieser Arbeit schämen? In Amerika lernt man anders denken, jede ehrliche Arbeit adelt.“ Er fühlte den starren, hochmütigen Widerstand gegen sich; er wollte ihn noch mehr reizen, ihn amüsierte es aus gewissen Gründen.

Dieser Mensch, nein, dieser Mensch! Die Kommerzienrätin war einer Ohnmacht nahe. Wie hilflos blickte sie nach der Tür, ob Annemarie denn noch nicht käme; die hatte für solche Leute das richtige Wort; sie hatte ihr doch telephontert. Wertete er denn nun gar nicht, wie unwillkommen er war, dieser feilenlose Kommis? Weiter war er doch nichts, und sah doch in so ruhiger Selbstverständlichkeit da, als ob er es sei, der Gnaden aussteile. Das grenzte schon beinahe an Größenwahn. Das war ja fürchterlich!

Und diesem Menschen mußte man seine Tochter geben, weil sie unbegreiflicherweise vernarrt in dieses glatte Knaben-gesicht war? Ihr ging beinahe der Atem aus, so heftig schlug ihr Herz vor Aerger. Sie wußte, diesem Dr. Bruno Schulz würde sie eine schlaflose Nacht zu verdanken haben.

Sophia schmiegte sich an Bruno.

„Du liebst, Liebling, es geht nicht. Wir werden auch anderswo glücklich werden“, sagte sie mit zuckenden Lippen. „Ich will keine Selbstaufopferung und Erniedrigung von dir.“

Er lächelte ihre Hand.

„Läßt gut sein, mein Herz. Ich tue alles für dich. Sollte es denn nicht zu ermaßlichen sein, Herr Kommerzienrat, daß die Fabrik zwei Direktoren halten kann, den einen für das praktische, den anderen für das kaufmännische Fach?“

Der Kommerzienrat runzelte die Stirn und sah Bruno mißbilligend und hochmütig an.

„Was denken Sie sich eigentlich, Mr. Schulz, daß Sie solchen verantwortungsvollen Posten so ohne weiteres beanspruchen? Das geht doch nicht gut. Was würde mein Sohn zu dieser Idee sagen! Er allein könnte ohne den Ratschlag aus-wann er wollte, gar nicht mal eine solche wichtige Aenderung treffen und einen neuen, doch immerhin gut bezahlten Posten einschleichen.“

„Ihr Herr Sohn ist aber damit einverstanden“, erwiderte Schulz mit Nachdruck.

„Robert? Ist der Junge des Teufels?“

„Siehst du, Vater, es geht doch!“ sagte Sophia freudig erregt. „Wenn Robert es meint —“

„Ah, da habe ich auch ein Wort mit dreinzureden.“

Entspannung im Ruhrbergbau.

Essen, 4. September. In der Lage im Bergbau ist eine Entspannung eingetreten. Im Essener Revier sind gestern die Belegschaften der Zeche Graf Benji, Hercules, Gottfried, Wilhelm, Schnabel, Ludwig und Gustav eingezogen; dagegen ist die Belegschaft der Zeche Hagendick noch nicht angefahren.

Bessere Lebensmittelzufuhr in Essen.

Essen, 4. September. Die Zufuhren aus dem Lebensmittelmarkt nahmen in den letzten Tagen einen größeren Umfang an, da mehrere Eisenbahnlinien, die sich in deutscher Verwaltung befinden, zur Verfügung stehen.

Italienische Truppenlandungen in Sani Quaranta?

Paris, 4. September. Wie die „Chicago Tribune“ meldet, haben die Italiener mit Truppenlandungen bei Sani Quaranta begonnen. Es habe den Anschein, als ob sie die ganze Küste des Epirus und das Hinterland besetzen wollten. Sani Quaranta ist der nächste Festlandshafen von Korfu, mit Dampfer in wenigen Stunden zu erreichen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, am 5. September 1923.

Vorausichtige Witterung. Meist ziemlich heiter, nur zeitweise stärkere Bewölkung, nachts kühl, tagsüber gemäßigt warm, öftlich Morgennebel, schwachwindig.

Tagesordnung für die gemeinschaftliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten Donnerstag den 6. September 1923, abends 7 Uhr: Festsetzung der Strom- und Wasserpreise auf Monat August.

Die alten Freunde des Festvereins in Amerika, die Familien Pinkert und Scheudert, sind immer bemüht, die große Not in ihrer alten Heimatstadt zu lindern. Nicht nur, daß sie jetzt ihre Gabe davorbringen, sie veranlassen auch andere, ein Gleiches zu tun. Und so wurden durch Verwendung des Herrn E. Scheudert dem hiesigen Festverein dieser Tage 5 Dollars von Frau Emma Maure geb. Müller, ebenfalls einem Wilsdruffer Kind und Tochter des verstorbenen Weißgerbermeisters Müller in der Fiedlerstraße, zur Linderung größter Not in besonderen Fällen überwiesen. Ein herzlich „Vergelt's Gott!“ auch Kindern der Heimat über dem großen Wasser!

Ein Gehirndienst gestorben wurde am Montag abend gegen 8 Uhr direkt vor dem Laden eines hiesigen Geschäfts. Der Verstorbenen ist ein Lehrling, dem es umso schwerer trifft, als er es benutzte, um von seinem entfernten liegenden Wohnorte täglich nach hier zu fahren. Hoffentlich gelingt es bald, dem Tölpchen die Beute abzunehmen und ihn seiner verdienten Strafe zuzuführen. Bei dieser Gelegenheit erneuert die Mahnung: Radfahrer, schließt Eure Räder stets an!

Vereinsaktung. Am 31. August und 1. September fand in Pirna unter starker Teilnahme des Volksbildungs-, des Wirtschaftss- und des Arbeitsministeriums und zahlreicher Vertreter von Gemeinden und Verbänden und 1/2 der hauptamtlichen Berufsschullehrerschaft Sachsens der 15. Berufsschultag statt, zu dem unsere Stadt ihren Berufsschulleiter abgeordnet hat. Die Beratungen fanden enger und loser im Zusammenhang mit dem in Bearbeitung befindlichen Berufsschulgesetz. Die beiden Vorträge behandelten den inneren Ausbau des sächsischen Berufsschulwesens. Einer der bedeutendsten Schulwissenschaftler und hervorragenden Schulorganisatoren, der frühere Münchner Stadtschulrat Univ.-Prof. Dr. Kerschinger sprach über „des Berufsinteresses als Bildungsgrundlage in der Berufsschule“. Landtagsabgeordneter Lehrer Schneller beleuchtete in seinem Vortrage die Berufsschule vom Standpunkte des unter Prof. Paul Destreichs Führung stehenden „Bundes der entschiedenen Schulreformer“.

Börse, ein dreitägiger fesseler Säkwal, der lange Zeit die Großstadtübungen belegte, kommt Sonnabend den 8. September, abends 8 Uhr im „Adler“ durch den hiesigen Dramatischen Verein zur Aufführung. Nach den bisherigen Leistungen des Vereins darf man wieder auf Stunden des Genußes zählen.

Der Bayerische Zirkus trifft morgen auf dem Schützenplatze ein und gibt daselbst von Donnerstag bis Sonntag große Vorstellungen. Er bringt ca. 40 Pferde, einen Edehirsch und einen dreifürten ostindischen Stier mit und garantiert damit besondere Leistungen. (Vgl. Anz.)

Landwirtschaftlicher Bezirksverband. Die übliche Sonnabend-Nachmittag-Versammlung im Bauernheim Reichen fällt am Sonnabend den 8. September aus, dafür findet am Montag den 10. September, nachm. 2 Uhr im großen Saal der „Sonne“ zu Reichen eine außerordentliche Hauptversammlung statt, bei der die wichtigen Punkte, welche eigentlich am Sonnabend verhandelt werden sollten, mit ihrer Erledigung finden. In der Montagerversammlung spricht außerdem Herr Landwirt Walter Stübendorf auf Japel bei Wendischwarnew (Welschbriggen) über wirtschaftliche und steuerliche Räte der Landwirte. Aus der Verlesung der Versammlung von Sonnabend auf Montag können die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Bezirksverbandes erfahren, wie wichtig die Tagesordnung und wie notwendig ein Massenbesuch ist, da es eine Protestversammlung werden soll.

Die Arbeitsmarktlage neigte sich auch in der Berichtwoche bis 1. September zu weiterer Verschlechterung. Entlassungen, Betriebseinsparungen und Stilllegungen werden in immer größerem Umfang vorgenommen und noch ist nicht abzusehen, wann die Krise ihren Höhepunkt erreicht.

Freiwillige Versicherung zur Invalidenkasse. Bisher stand freiwillig Versicherten die Wahl der Lohnklasse frei. Dies ist nach der neuen Fassung des § 1440 der AVO. nicht mehr der Fall. Es können zur freiwilligen Versicherung von jetzt ab Marken der Klassen 1 bis 12 und vom 17. September 1923 ab auch Marken der Klasse 13 nicht mehr verwendet werden. (Vgl. Amtl.)

Notgeld der Eisenbahn. Das von der Reichsbahndirektion Dresden ausgegebene Notgeld wird zwar jederzeit von allen Eisenbahnstellen im Direktionsbezirk eingelöst, d. h. gegen gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht. Wenn das Notgeld seinen Zweck, die Zahlungsmittelknappheit zu lindern, erfüllen soll, ist es aber erwünscht, daß es so lange als möglich im Verkehr bleibt und der Eisenbahnverwaltung erst dann zur Einlösung vorgelegt wird, wenn die Einziehung öffentlich bekannt gemacht worden ist. Im übrigen wird neuerdings den Eisenbahnstellen öfters Notgeld zur Einlösung vorgelegt, das vom Publikum durch Ausdruck oder handschriftlichen Vermerk entwertet worden ist. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß derart entwertete Scheine von den Eisenbahnstellen nicht angenommen und eingelöst werden.

Abschlagszahlung auf die Gewerbesteuer 1923. Vom Finanzministerium wird uns mitgeteilt: Das Gesamtministerium hat durch eine Notverordnung vom 30. August 1923 eine Ab-

schlagszahlung auf die Gewerbesteuer für die ersten drei Termine des Rechnungsjahres 1923 angeordnet. Die Abschlagszahlung ist innerhalb zweier Wochen nach Inkrafttreten der Notverordnung zu entrichten, sie beträgt das 450fache der für das Rechnungsjahr 1922 festgesetzten Gewerbesteuer, wobei die durch das Gesetz vom 24. April 1923 erfolgte Erhöhung der Steuer für das Rechnungsjahr 1922 unberücksichtigt bleibt. Besondere Steuerbescheide über den Betrag der Abschlagszahlung werden nicht zugestellt, es wird lediglich durch öffentliche Bekanntmachung zur Abschlagszahlung aufgefordert werden. Wird die Abschlagszahlung nicht fristgemäß entrichtet, so ist für jeden der Fälligkeit der Abschlagszahlung folgenden angehängten Kalendermonat ein Zuschlag von 50 vom Hundert der rückständigen Abschlagszahlung zu zahlen. Für die Ausübung einer wissenschaftlichen, künstlerischen, schriftstellerischen, unterrichtenden oder erziehenden selbständigen Tätigkeit ist die Abschlagszahlung nur dann zu entrichten, wenn diese Tätigkeit nach § 4 Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes gilt. Besonderheiten gelten für die Gewerbe, deren Steuerpflicht vor dem 1. April 1923 bez. vor dem Inkrafttreten der Notverordnung weggefallen ist.

Auch böhmische Braunkohle billiger als deutsche! Nicht nur die englische Steinkohle, sondern auch die böhmische Braunkohle, die lange Monate hindurch der Baluta wegen ganz unerschwinglich war und deren Einfuhr daher namentlich nach Sachsen stark zurückgegangen war, ist jetzt, nach den ungeheuren Steigerungen der deutschen Kohlenpreise, billiger als mitteldeutsche Braunkohle, mit der sie sich in erster Linie in Wettbewerb befindet. Daher hat, wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, die mitteldeutsche Braunkohlenindustrie die Wiedererhebung der deutschen Kohlensteuer auf die böhmische Braunkohle beantragt. Uebrigens sind auch sonst zahlreiche Waren bereits erheblich billiger in Böhmen als in Sachsen, trotz des riesigen Preisdifferentials.

Rüderswalde (Niederlausitz). Hier wurde das Dorfherdliche Gut mit der gesamten Ernte, allen Maschinen, Geschirren, Wagen usw. bei starkem Winde in kurzer Zeit ein Raub der Flammen. Der Wind übertrag das Flammenmeer auch auf die Scheunen zweier benachbarter Gutsbesitzer, die ebenfalls dem Feuer zum Opfer fielen. Eine weitere Scheune konnte dank ihrer festen Bedachung gerettet werden, sonst wären auch vier weitere Scheunen niedergebrannt. Welch riesiger Verlust entstanden ist, geht daraus hervor, daß allein in einer Scheune 67 Fuder Roggen außer Hafer und Weizen verbrannt sind.

Obersteinbach. Am vorigen Donnerstag abend brannte die an der Staatsstraße Roffen-Döbeln gelegene Scheune des Herrn Kohlenhändlers Hempel in Obersteinbach infolge Fahrlässigkeit nieder. Ein vorübergehender Passant, der bereits verhofft wurde, wollte anzüglich seine Piarre bei der Scheune andrennen, wobei infolge des Windes Funken in die Scheune flogen und dieselbe so in Brand setzten. Dem Kalamitätsen erwächst infolge Unversicherung großer Schaden.

Seringswalde. Zu einer Gutsbesitzerfrau in der Nähe von Seringswalde kam dieser Tage ein Mann ansprechen und bat um ein Stück Wurst oder Sped. Als ihm anstelle des Gewünschten ein 10000-Marktschein verabreicht wurde, zerriß der Bettler diesen Schein vor den Augen der Weberin und ging verdrossen davon.

Witzgendorf. Infolge finanzieller Schwierigkeiten kommt seit dem 1. September die seit Jahrhunderten bestehende Sitte des Morgen-, Mittag- und Abendblätters in Bezahll. Ferner soll das zweimalige Vorlesen beim Gottesdienst ausfallen.

Falkenstein. Am Sonnabend kehrte der Kriegsgefangene Arthur Reihorn nach siebenjähriger Gefangenschaft aus Rußland zu seiner hier wohnenden Mutter zurück. Man hatte ihn schon seit Jahren als tot betrachtet. Infolge der ausgefallenen Strapazen ist Reihorn erkrankt. Zuletzt weilte er im Gouvernement Nijasn, von wo er im Juni über Moskau die Heimreise antrat.

Schma. Gutsbesitzer Hugo Küttner hat im Laufe des Sommers auf eigene Kosten der Gemeinde eine neue Schule errichten lassen. Jetzt fand die Weihe und Übergabe des zu Ehren des Vaters des Gutsbesitzers „Friedrich-Richard-Schule“ genannten Gebäudes statt.

Plauen. Auf dem Stoppesseide des auf bairischem Boden liegenden Rittergutes München-Neuth kam ein Schäferhirt namens Moll, der für eine große Hofes Viehhandelsfirma Vieh hütete, mit dem Rittergutsbesitzers Sohn Freiherrn Heinz v. Keilitzsch und dem Verwalter des Rittergutes München-Neuth in Streit, weil beide zu wiederholten Malen das Ackerreten von Weidewegern des Moll auf das Gelände des Rittergutes München-Neuth beanstandet hatten. Der Schäferhirt, äußerst erregt über diese Zurückweisung, zog ohne viele Worte im Jähzorn sein Messer und stach den jungen Baron und den Verwalter nieder, bei denen infolge der gutgezielten Stiche in die Brust alsbald der Tod eintrat. Der Mörder konnte verhaftet werden.

Eingefandt.

Für diese Rubrik übernehmen wir nur die preßgelegliche Verantwortung.

Die Erregung über die Beamtengehälter.

Hast die gesamte deutsche Presse hat sich in den letzten Tagen über die Höhe der Beamtengehälter und deren Vorauszahlung in vielfach sehr heftiger Weise geäußert. Es besteht die Gefahr, daß dadurch eine ausgesprochen beamtenfeindliche Stimmung in der Bevölkerung erzeugt wird, durch die künstlich eine neue Klau innerhalb der Volksgemeinschaft geschaffen werden könnte. Deshalb sei hier einmal leidenschaftlos betrachtet, was in Wirklichkeit vorliegt und berechtigten Grund zur öffentlichen Kritik geben könnte.

Zunächst wird von den kritisierenden Organen, wenigstens teilweise, selbst angegeben, daß die Beamtengehälter trotz ihrer nominellen Höhe heute nur einen Bruchteil — in Besoldungsgruppe III: 71 vom Hundert, in Gruppe V: 59, Gruppe VII: 41, Gruppe X: 37 und in Gruppe XIII: 35 vom Hundert — des Friedensgehaltes erreichen. Die große Masse der unteren Beamten ist jedenfalls auch nach der neuesten Gehaltsregelung nicht in der Lage, auch nur die geringsten Anschaffungen zu machen. Der beamtete Familienvater mit einem Monatslohn von knapp 70 Millionen (nach Steuerabzug) braucht jede ihm geleistete Zahlung sofort für den nächsten Tagesbedarf und kann sich keinerlei Anlagen bei Sparkassen oder Bank leisten. Die Vorauszahlungen des Gehaltes sind den Beamten geleglich gewährt. Durch die bereits erfolgten Einschränkungen sind aber die verfassungsgemäß geschuldeten, wohlerworbenen Rechte der Beamten auch in dieser Beziehung stark beschritten.

Bei dieser Gelegenheit muß auch das immer mehr sich verbreitende Schlagwort von dem „ungeheuer angeschwollenen Beamtentum“ einmal dahin berichtigt werden, daß von einer Vermehrung der Beamtenstellen nicht mehr gesprochen werden kann, da bereits seit geraumer Zeit ein steter Abbau von Stellen erfolgt. In der Zeit vom Oktober 1922 bis März 1923 sind 2. B. allein auf dem Gebiete der Reichsbahndirektion rund 17000 Köpfe eingesparrt worden. Inzwischen ist dieser Abbau natürlich weiter fortgesetzt worden.

Es besteht, so heißt es in besonders pessimistischen Zeitungsweldungen, keine Hoffnung, daß Tokio innerhalb von Jahrzehnten wieder zu seiner alten Stellung als größte Stadt Japans gelangen könne. Aber nicht nur diese eine Stadt, sondern nahezu das ganze Land sei für die Dauer von Generationen durch das Erdbeben in seinem Aufschwung zurückgeworfen worden, und zwar so sehr,

daß Japan seine Stellung als Großmacht einbüße.

Japan habe keine finanziellen Reserven mehr, da die größten Gesellschaften und die Banken durch die Katastrophe ruiniert worden seien.

Die einzelnen Nachrichten über den Umfang des erschütternden Unglücks überfüllen und widersprechen sich derart, daß sie sich kaum übersehen und sichten lassen. Im ganzen Lande sind die

Vulkane in Tätigkeit

getreten, und eine Reihe von Städten und Dörfern ist buchstäblich vom Erdboden weggeleitet worden. Unter den Orten, die ganz oder zum Teil vernichtet sind, werden genannt: Tokio, Yokohama, Kufuagawa, Sanji, Yokosuka, Asakusa, Randa, Monde, Schitamaja, Atani und noch viele andere. Anscheinend ist das ganze Land von drei Meilen nördlich Oka und Koba bis hoch im Norden heimgeleitet worden. Die letzte Verlustschätzung gab die Zahl der Toten allein in Tokio und Yokohama auf 250000 an, aber die Zahlen, die genannt werden, sind eben nichts als Schätzungen und letzteren von Stunde zu Stunde höher hinauf.

Nach einer Meldung aus Peking soll die Zahl der Getöteten gar zwei Millionen übersteigen. In Tokio scheint man des Feuers noch nicht Herr geworden zu sein. Die Stadt brennt in so weiter Ausdehnung, daß die Regierung zeitweilig nach Oka oder Kioto übersiedeln dürfte. Dabei bemerkt werden muß, daß man zurzeit gar nicht weiß, wer von der Regierung überhaupt noch am Leben ist. Die wildesten Gerüchte sind im Umlauf. Dreißig Mitglieder der Regierungspartei sind, während sie eine Sitzung abhielten, ums Leben gekommen. Der Fürst Masuwama starb infolge schwerer Verletzungen, die er erlitten hat.

Der neue japanische Ministerpräsident

soll nach einer englischen Meldung ermordet worden sein. Der Kaiser und die Kaiserin sollen sich in Sicherheit befinden, und auch der Prinzregent, über dessen Schicksal man in schwerster Sorge war, soll gerettet worden sein.

Dagegen weiß man noch nichts Sicheres über das Schicksal der auswärtigen diplomatischen Vertreter und der zahlreichen Ausländer in Japan. Man fürchtet, daß das stark exponierte Deutsche Konsulat in Yokohama zerstört worden ist; von der Deutschen Botschaft in Tokio, die den Auftrag erhalten hat, dem japanischen Regenten das Beileid des Reichspräsidenten und der Reichsregierung persönlich auszusprechen, liegen bisher keinerlei Nachrichten vor.

Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die französischen und die italienische Botschaft. Von großen öffentlichen Gebäuden, die in Tokio eingestürzt sind, werden u. a. genannt, die Nationalbank, das Kaiserliche Museum, die Universität, ein Teil des Kriegsministeriums, zwei Theater und alle Bahnhöfe mit Ausnahme des Hauptbahnhofs. Das Stadtgebäude ist unversehrt geblieben. Alle Fernsprech- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Insgesamt sind in Tokio 200000 Häuser zerstört, davon durch Feuer 150000. Das Feuer hat sich dadurch so sehr ausgebreitet, daß die Gasleitungen durch das Erdbeben gesprengt wurden und in Brand gerieten. In Tokio stürzten die Gebäude wie Kartenhäuser ein. Eine Explosion nach der andern erfolgte, während Schreie des Entsetzens die Luft erfüllten. Das das Erdbeben und das Feuer unzerstört liehen, wurde von der Sturmflut hinweggeschwemmt. Die Schreden wurden durch Aufrührer und Plündererhanden erhöht. Es ist zwischen ihnen und der Polizei zu heftigen Straßengefechten gekommen. Sehr besorgt ist man in Washington um das

Schicksal der japanischen Flotte.

Drahtlose Funkmeldungen sind ausgeblieben, und man vermutet, daß die Flotte Nachricht von sich gegeben hätte, wenn sie nicht zerstört worden wäre. Als bemerkenswert verdient noch verzeichnet zu werden, daß auf der Londoner Börse die japanischen Werte suspendiert wurden, da man weitere Nachrichten über die Katastrophe abwarten wollte. Japanische Schahamwörungen wurden um einen Punkt niedriger notiert, aber die Notierung war nur nominell, da die Börse sich gegen den erwarteten, aber nicht einaetreichen Ansturm der Verkäufer sichern wollte.

Orientkonflikt und Weltgerichtshof.

Italien damit einverstanden.

Wie in Rom amtlich mitgeteilt wird, ist die italienische Regierung nach wie vor entschlossen, bei ihrem Standpunkt zu bleiben, daß der Völkerverbund nicht zuständig sei, über den italienisch-griechischen Konflikt zu entscheiden. Es scheint indes, daß die italienische Regierung, falls diese Auffassung im Völkerverbund abgelehnt werde, sich dem nicht widersetzen würde, daß der internationale Gerichtshof im Haag mit der Prüfung der Kompetenzfrage betraut werde.

An amtlicher Stelle in Athen wurde ausländischen Journalisten erklärt, die griechische Regierung hege die Überzeugung, daß die italienische Regierung nach Befestigung der ersten Erregung den guten Willen der griechischen Regierung in diesem Zwischenfall anerkennen werde sowie ihre v ersöhnliche Haltung und ihren beständigen Wunsch, Italien volle Genugtuung zuteil werden zu lassen und der Befestigung der griechischen Inseln ein Ende setzen werde, die kein vernünftiger Grund noch Rechtsnachteil rechtfertige. — In Athen veranfaßte nach der Trauerfeier zu Ehren der Opfer von Korfu in der Kathedrale eine große Volksmenge mit Bannern eine fürmische Kundgebung gegen Italien. Eine italienische Fahne wurde verbrannt.

Neueste Meldungen.

Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 4. September. Herr Dr. Meißinger, Leiter der Tarifabteilung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei durch ein Schreiben erklärt, das er an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Dahlem gerichtet hat. In diesem Schreiben heißt es, daß die Haltung der Deutschnationalen Fraktion gegenüber dem neuen Kabinett Dr. Meißinger veranlasse, aus der Partei auszutreten.

Unter Hinweis auf die in unserem Blatte veröffentlichten Bekanntmachungen bringen wir unseren Lesern nochmals die wichtigsten Einzelheiten, die der Interessant wissen muß.

Gibt es einen Schatz vor der Geldentwertung?

Es war in der guten alten Zeit, als wir an Waren und Wertpapieren nur das kauften, was wir gerade notwendig brauchten. Alles übrige Geld sparten wir: Wir brachten es zur Bank oder zur Sparkasse, oder kauften sichere Staatspapiere. Und heute? Die verständliche Angst vor der Geldentwertung hat es mit sich gebracht, daß jeder unmittelbar nach Empfang seiner Einkünfte in allerhand Waren, Lebensmitteln und — wer besondere „kaufmännische“ Kenntnisse und Beziehungen hat — in Aktien und fremde Valuten „flüchtet“. Die Sorge um die Wertebewahrung seiner Einkünfte raubt jedem Deutschen noch die letzten wenigen Minuten der Ruhe in seinem täglichen Daseinskampf. Sie blendet ihm den Blick dafür, daß er durch seine Käufe den Warenpreisen einen neuen Auftrieb gibt, daß er dadurch die Notentlastung vermehren hilft, die wiederum den Wert seiner zukünftigen Einnahmen gefährdet. Es wird dabei vollkommen vergessen, daß die Flucht in die Ware das Sparen und das Wertbewahren, wie es in der alten Zeit üblich war, nicht ersetzen kann. Denn wenn er in Zeiten noch größerer Not das Ersparte wieder abstoßen will, dann wird er stets die Erfahrung machen, daß er als Erlös nicht den erwarteten Wert erhält. Und wer sich von der Wertbeständigkeit der Aktien usw. ein Bild machen will, der braucht nur den Kurszettel mit seinem Auf und Ab zu betrachten. Nicht jeder hat das Geschick, immer „auf“ der Börsenwelle zu stehen. Außerdem gehört zum Sparen im alten Sinne der Zinsgenuß. Er ist mit wenigen Ausnahmen verschwunden und damit eine der Haupttriebfedern zum Sparen.

Es ist daher für jeden Kaufmann, Landwirt, Angestellten, Arbeiter und Beamten von größter Tragweite, daß ihm das Reich durch Ausgabe der zur Zeichnung ausliegenden Wertbeständigen Anleihe endlich die Möglichkeit gibt, wieder im alten Sinne zu sparen. Durch den Erwerb der Wertbeständigen Anleihe kann er sich seine Ersparnisse oder auch nur vorübergehend freien Mittel in ihrer „Kaufkraft“ — und das ist ja die Hauptsache — erhalten. Und darüber hinaus erhält er Zinsen, die wie das Kapital ebenfalls wertbeständig gestellt sind, so daß er sich zu seinem Arbeitseinkommen wieder wie früher einen in der Kaufkraft sich gleichbleibenden Zuschuß aus dem Ersparten für die Zukunft sichern kann.

Man könnte einwenden, wie der kleine Sparrer den Gegenwert von 1 Dollar — das ist das kleinste Stück der Anleihe — heute von seinem Einkommen ausbringen soll. Auch diesem Sparrer ist dadurch geholfen, daß ihm jede Sparkasse ein Goldkonto eröffnet, auf dem er bis zu einem Zehntel Dollar herunter Einzahlungen wertbeständig machen kann.

Ermäßigung beim Steuerabzug.

Vom 1. September 1923 ab werden die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn sowie die Bewertungssätze für die Sachbezüge wiederum erhöht, und zwar auf das Fünftel der

für August geltenden Sätze. Sie betragen von diesem Zeitpunkt ab a) für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich je 300 000 Mark (bisher 24 000 M.), wöchentlich je 86 400 M. (bisher 5 760 M.), b) für jedes auf dem Steuerbuch vermerkte minderjährige Kind monatlich 2 400 000 M. (bisher 160 000 M.), wöchentlich 576 000 M. (bisher 38 400 M.), c) für Werbungskosten und sonstige Abzüge monatlich 3 000 000 M. (bisher 200 000 M.), wöchentlich 720 000 M. (bisher 48 000 M.).

Die einzubehaltenden Steuerbeträge sind in jedem Fall auf volle tausend Mark nach unten abzurunden. Die Fristen für die Verwendung der einzubehaltenden Beträge, d. h. beim Marktenverfahren für das Einleihen und Entwerfen der Steuermarken in den Einlagebogen der Steuerbücher, beim Ueberweisungsverfahren für die Abführung der einzubehaltenden Beträge an die Finanzkasse, sind vom 1. September 1923 ab verkürzt worden. In den Fällen, in denen das Finanzamt bisher auf Antrag genehmigt hatte, daß die Verwendung monatlich einmal (bis zum 10. eines Monats) bzw. zweimal (bis zum 10. und 25. eines Monats) erfolgte, sind künftig a) die Beträge, die in der Zeit vom 1. bis 10. eines Monats einzubehalten worden sind, spätestens bis zum 15., b) die Beträge, die in der Zeit vom 11. bis 20. eines Monats einzubehalten worden sind, bis zum 25. dieses Monats und c) die Beträge, die in der Zeit vom 21. bis zum Schlusse eines Monats einzubehalten worden sind, bis zum 5. des folgenden Monats zu entrichten. Dies gilt also in gleicher Weise für das Marktenverfahren wie für das Ueberweisungsverfahren. Bei Fristversummung sind Zuschläge in Höhe des Bierjahres des Rückstandes für jeden angefallenen halben Monat zu verfahren.

Auf Grund des Gesetzes über die Besteuerung der Betriebe haben industrielle, gewerbliche und Handelsbetriebe zu den oben bezeichneten Terminen außerdem das Doppelte der in der vorhergegangenen Monatsdelade einzubehaltenden Steuerabzugsbeträge als besondere Arbeitgeberabgabe, erstmalig am 15. September für die Zeit vom 1. bis zum 10. September 1923, zu entrichten. Diese Abgabe ist auch von denjenigen Arbeitgebern, die für ihre Arbeitnehmer Steuermarken verwenden, in bar oder durch Ueberweisung an die Kasse des Finanzamtes der Betriebsstätte oder die vom Landesfinanzamt bezeichnete Kasse abzuführen. Gleichzeitig haben diese Arbeitgeber die Kasse eine Bescheinigung zu übersenden, in der vermeldet wird, daß die abgeführten Beträge das Doppelte der in der Zeit (Monatsdelade), für die die Abführung erfolgt, vom Arbeitslohn einzubehaltenden Steuerbeträge ausmacht. Die Bescheinigung ist vom Arbeitgeber oder von einer zur Vertretung seiner Firma rechtlich befugten Person zu unterzeichnen. Fristversummung hat auch hier die oben bezeichneten Folgen.

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 3. Sept.

Austritt: 1. Rinder: 90 Ochsen, 59 Kühe, 71 Kälber und 116 Ferkel, 43 Schafe, 89 Schweine. Preise in Mark für 1/2 kg für Lebend- u. (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht. Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete höchste Schlachtwerte bis zu 6 Jahren 840 bis 840 000 (1827 278), 2. junge fleischig, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 770 bis 770 000 (140 769), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 700 bis 700 000 (148 982), 4.

gering genährte jeden Alters — bis — — — — —. Bullen: 1. vollfleischig, ausgewachsene höchste Schlachtwerte 840 bis 840 000 (1448 278), 2. vollfleischig jüngere 770 bis 770 000 (140 000), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 700 bis 700 000 (1346 164), 4. gering genährte — bis — — — — —. Kälber und Ferkel: 1. vollfleischig, ausgewästete höchste Schlachtwerte 840 bis 840 000 (1827 278), 2. vollfleischig, ausgewästete Rinde höchste Schlachtwerte bis zu 7 Jahren 770 bis 770 000 (1480 769), 3. ältere ausgewästete Rinde und gut entwickelte jüngere Rinde und Kälber 700 bis 700 000 (1355 356), 4. gut genährte Rinde und mäßig genährte Kälber — bis — — — — —, 5. mäßig und gering genährte Rinde und gering genährte Kälber — bis — — — — —. Rinder: 1. Doppeltender — bis — — — — —, 2. beste Mast- und Saugkälber 1840 bis 1840 000 (2161 300), 3. mittlere Mast- und gute Saugkälber 1640 bis 1640 000 (1733 333), 4. geringe Kälber 840 bis 840 000 (1827 278). Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm 840 bis 840 000 (1880 000), 2. ältere Mastlamm 600 bis 600 000 (1633 333), 3. mäßig genährte Damme u. Schafe (Wergschafe) 540 bis 540 000 (1410 000). Schweine: 1. vollfleischig der fetten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 1640 bis 1640 000 (2161 300), 2. fettschweine 1740 bis 1740 000 (2176 000), 3. fleischig 1640 bis 1640 000 (20 8333), 4. gering entw. — bis — — — — —, 5. Sauen und Eber — bis — — — — — (— Mill) Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise für nächstes Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab: Stallfrachten, Markt- und Verkaufskosten, Unschärfen sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, erheben sich ausschließlich über die Stallpreise Ueberstand: — Ochsen, — Bullen, Tendenz des Marktes: Geschäftsgang: Gut.

Zur Vermeidung von Strafverfolgungen wegen Preiswuchers beim Verkaufe von Schlachtvieh durch den Landwirt wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die oben angeführten Schlachtviehpreise als Marktpreise anzusehen sind. Die Stall- und Marktpreise unterscheiden sich dadurch, daß in den Marktpreisen die notwendigen Kosten, wie Fracht, Standgeld, Futter, Versicherungs- und Kommissionsgebühren, Umsatzerlöse, Gewichtsverluste, Händlergewinn usw. enthalten sind, nach deren Abzug sich die vom Erzeuger zu fordernden Stallpreise ergeben. Die Stallpreise sind nach den neuen Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20%, für Kälber und Schafe 18% und für Schweine 16% niedriger als die oben angeführten Marktpreise.

Backlohn ab 1. September

für 2 kg Brot 1/2 kg Mehl
oder " 2 " " 2 3/4 " Roggen
" 2 " " 75% 3 " "
Bäcker-Zunft und Mühlenbäckereien.

Während der langen Krankheit unserer lieben Enkelkinder und bei ihrer Beerdigung haben wir so viele rührende Beweise treuer Anteilnahme und liebevoller Teilnahme gefunden, daß es uns Herzensbetriebs ist, dafür hierdurch zu danken.
Inkersdorf, am 3. September 1923.
Pfarrer Knauth u. Familie.

Dramatischer Verein Wilsdruff.

Sonnabend den 8. September abends punkt 8 Uhr im Gasthaus zum „Weißen Adler“
Börsenfieber Schwank in 3 Akten.
Nach Ende der Theateraufführung: Feiner Ball.
W. Siegelt. 2020 Der Vorstand.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.

Freitag, den 7. September abends 8 Uhr
Das Föhn in
Der Tag der Vergeltung.
Sensationsdramen in 5 Akten.

Achtung! Achtung!

Der Bayerische Zirkus kommt und gibt am Donnerstag bis Sonntag **große Vorstellungen.**
Er hat zirka 40 Pferde, einen Gelbhirsh und einen dreifarbigen ostfriesischen Stier.

Die Brücke nach Oberschlesien

für unsere verdrängten Heimatsbrüder ist der **oberschlesische Wanderer** die älteste und bei weitem verbreitetste Tageszeitung, das bewährteste Anzeigenblatt Oberschlesiens.
Wer die Vorgänge in der Heimat verfolgen will, bestelle den „Wanderer“ bei der Post.
Wer Personal oder Stellung sucht, etwas kaufen oder verkaufen will, wer Geschäftsverbindungen im kaufkräftigen Oberschlesien anknüpfen will, erreicht dieses am schnellsten durch eine Anzeige im „Wanderer“. — Wer sein Grundstück, Geschäft, Fabrik, Gattwirtschaft oder Gut verkaufen will, erreicht dies mit verblüffendem Erfolg durch eine Anzeige in „Wanderer“, Gleiwitz.
Anzeigen für den Wanderer werden in der Geschäftsstelle des „Wilsdruffer Tageblattes“ ohne jeden Aufschlag entgegengenommen.

Landwirtschaftsbank Wilsdruff

Fernsprecher Nr. 11 und 50. :: Postcheckkonto Dresden Nr. 34852.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Wir bieten nachstehend an:

Winterfaatgetreide Originale und anerkannte Abfaaten.

Weizen: 1. Strubes Dickkopf 2. General von Stöcken 3. Ackermanns brauner Dickkopf 4. Deutewitzer Dickkopf 5. Hänige Dickkopf 6. Soalös Panzerw. 7. Keimener 104 8. Heines Everjon 9. Holzspete früher Winterw. 10. Carons Kleber-Roldenw.	Roggen: 1. Loehows Pethuser 2. Birna 3. Kirches Stahl 4. Jägers Norddeutsch. Champagner 5. Soalös Panzerw. 6. Döbelner
--	---

Wintergerste:

1. Friedrichswerther Berg 2. Ackermanns Viktoria 3. Eckendorfer Mammut 4. Gelfinger	Raps: 1. Hirsch, fäeh.
--	----------------------------------

Beizmittel:

1. Germijan 2. Uputun 3. Kapferwitriol
--

Bestellungen an **Saatkartoffeln** jeder Sorte werden von uns fernerhin entgegen genommen.

Wir benachrichtigen unsere Kundschaft auf diesem Wege, dass wir die **Bedingungen für Kreditanspruchnahme mit Wirkung ab 1. September d. J. geändert haben** und sind dieselben in unserer Geschäftsstelle Wilsdruff zu erfahren — Diese neuen Bedingungen bringen wir ohne Ausnahme in Anwendung
Meissen, am 4. September 1923.
Krögiser Bank A.-G.
Walther.

Kleine Inserate haben groß. Erfolg

Die älteste Rossschlächterei

Speisewirtschaft und Biergeschäft im **Planenschen Grunde.**

Inhaber: Kurt Siering

Freital-Potschappel, Tharandter Str. 25.
Fernruf Amt Deuben Nr. 151

kauft lauf. Schlachtpferde z. allerhöchst. Preisen
Bei Unglücksfällen **sofort Tag und Nacht** mit Transportgehirne zur Stelle.

Landwirtschaftlicher Bezirksverband

Meißen.

Außerordentliche Hauptversammlung

Protest-Versammlung! Protest-Versammlung!
Montag den 10. September 1923 nachm. 2 Uhr (nicht Sonnabend den 8. September) im großen Saale des **Hotel „Zur Sonne“** in Meißen.
Tagesordnung:
1. Beschlussfassung über Aenderung der § 1 und 14. Abs. 8 der Satzungen.
2. Mitgliedsbeitrag 1924.
3. Vortrag über neuerliche und wirtschaftliche Sorgen und Nöte der Landwirte.
Referent: Herr Landwirt Stübendorf auf Zupel, Vorstandsmitglied des Reichslandbundes Berlin.
Landwirte, es ist eure heiligste Pflicht, diese Protestversammlung zu besuchen.
Landwirtschaftlicher Bezirksverband Meißen.
H. A. Berner, Geschäftsführer.

Erste Freitaler Rossschlächterei und Wurstfabrik

Bruno Ehrlich

Freital-Deuben, Bezirk Dresden. Fernruf 74.
Restaurant und Speisehaus, Pferdegeschäft
kauft Schlachtpferde zu den höchsten Tagespreisen
Auto-Transportwagen :: Moderne Maschinenfabrikanlagen.
Bei **Notfällen** mit **Transportauto** bei Tag und Nacht schnellstens zur Stelle.